Nr. 297 XXVI. Jahrgang

Mittwoch, 30. Oktober 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 36, 13 8 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 25 Pf., für auswärts 45 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—. Für Offerten- oder Auskunftserteilung 10 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach tarifarischen Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50 % Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Rückzahlung bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt usw. ist ausgeschlossen. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unseren Tarifsätzen an.

Bezugspreise: Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40, vierteljährlich M. 4.20. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20; „ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.55, „ „ 4.65
In Oesterreich-Ungarn: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 2.82, vierteljährl. Kr. 8.25; „ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2.99, „ „ 7.47
Nach d. Auslande in Kreuzb. möchtl. M 1.10. Einz.-Numm. 10 Pf.

Erfolgreiche Abwehrkämpfe an der Schelde

Eine tschechische Regierung in Prag — Blutige Kundgebungen für Karolyi in Budapest — Oesterreichisch-ungarische Antwort an Wilson — Eine große slawische Konferenz in Philadelphia

Umsturz in Böhmen

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

r. Prag, 29. Oktober

In Prag ist es gestern zu einem vollständigen Umsturz gekommen. Der tschechische Nationalausschuß hat die Lokalregierung in die Hände genommen. Die kaiserlichen Abzeichen wurden überall entfernt, die Firmentafeln mit deutscher Aufschrift heruntergerissen. Nach Erscheinen der Sonderblätter mit den Friedensgerüchten strömten Tausende von Menschen in die Straßen. Einander ganz fremde Menschen umarmten sich, lachten, weinten und sangen tschechische Nationallieder. Menschengruppen zu Tausenden erfüllten die Straßen und brachten die Elektrischen zum Stillstehen. Auf allen freien Plätzen wurden Ansprachen gehalten, die in der Verharrlichung der tschechischen Republik ihren Ausdruck fanden und ungeheuren Jubel entfesselten. Tschechische Soldaten und Offiziere nahmen ihre Kappen ab, rissen die kaiserlichen Kokarden herunter und warfen sie unter die jubelnde Menge. Deutsch-österreichische und ungarische Soldaten wurden gezwungen, gleichfalls die kaiserlichen Abzeichen herunterzureißen. Tschechische Truppen zogen, ihre Kappen mit Bändern in tschechischen Farben umwunden, auf den Wenzelsplatz, auf welchem um 2 Uhr Tausende von Menschen sich zusammenfanden und wo abermals Ansprachen gehalten wurden. Sodann zog man auf den Josephsplatz, wo sich ähnliche Szenen wiederholten. Von den kaiserlichen Postgebäuden, überhaupt von allen staatlichen Gebäuden, wurden die Doppeladler heruntergerissen und mit Füßen getreten. Ebenso wurden die Tafeln vom Reichsdeutschen Hilfsverein herabgerissen. Statthalter Graf Coudenhove reiste um 10 Uhr nach Wien, ebenso Polizeidirektor Dr. Kunz. Alle Häuser Prags sind mit tschechischen und Entente-Trikoloren geschmückt. Tschechische Militärmusik durchzieht die Straßen und spielt tschechische Nationallieder. Die Prager Polizei verhielt sich bei allen diesen Vorgängen ganz passiv und ließ die Menge ruhig gewähren. Von dem Deutschen Hause wurde die Aufschrift gewaltsam entfernt und die einzelnen Buchstaben vor dem Hus-Denkmal feierlich niedergelegt.

Eine Abordnung des tschechischen Nationalausschusses erschien in der Statthalterei und übernahm die Regierungsgeschäfte. Ferner hat sie die Landtagsgebäude in Besitz genommen. Heute findet die erste Sitzung des tschechischen Nationalausschusses im Gemeindehause statt. Die Beamten der Statthalterei haben die Angelobung dem tschecho-slowakischen Staate bereits geleistet. Die wenigen darunter befindlichen Deutschen mußten sich verpflichten, binnen zwei Jahren die tschechische Sprache vollkündig zu erlernen, widrigenfalls sie ihrer Aemter enthoben werden. Noch nachts erschien der kommandierende k. u. k. General Kestranek, ein Bruder des Generaldirektors Kestranek der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft, mit dem Stadtkommandanten und dem ganzen Offizierstab in den Räumen des Nationalausschusses und stellte dem tschecho-slowakischen Staat die Militärgewalt zur Verfügung. Heute kehrt das ehemalige k. u. k. Infanterieregiment Nr. 28 nach Prag zurück. Es sind große Empfangsfeierlichkeiten in Aussicht genommen.

Der tschechische Nationalausschuß erließ eine Kundgebung, in der er mitteilte, daß er die oberste Regierungsgewalt nicht nur in Tschechisch-Böhmen, sondern auch in Deutsch-Böhmen übernommen habe. Er erließ gleichzeitig eine Verfassung mit fünf Artikeln. Die Mitteilung wurde auch den Behörden in den deutschen Teilen Böhmens übermittelt, die jedoch davon keine Kenntnis nahmen. In Deutsch-Böhmen sind nach wie vor die kaiserlichen Behörden in voller Geltung und es herrscht volle Ruhe.

Bei den Demonstrationen auf dem Wenzelsplatz kam es vor der Redaktion der „Narodni Politika" zu großen Friedenskundgebungen, in deren Verlauf Rufe „Es lebe Masaryk! Es lebe Benesch!" und vereinzelt „Es lebe Sammasch!" laut wurden. Vom Balkon der Redaktion der „Narodni Politika", wo das Redaktionspersonal des Blattes versammelt war, wurde die Note Oesterreichs an Wilson verlesen.

In den Abendstunden kam es zu Plünderungen. Verschiedene deutsche Geschäfte sollen zerstört worden sein. Auch die Räume des „Prager Tagblatts" sollen vom tschechischen Mob ausgeplündert und ausgebrannt worden sein.

Das k. u. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau teilt amtlich mit, daß es um neun Uhr abends von dem tschecho-slowakischen Pressebureau in Prag übernommen wurde.

Feindliche Angriffe überall abgewiesen

× Großes Hauptquartier, 29. Oktober. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

In der Lys-Niederung wiesen wir Teilangriffe des Gegners bei Oliene ab. Stärkere feindliche Abteilungen, die nordwestlich von Conde das östliche Scheideufer zu gewinnen suchten, wurden im Gegenstoß zurückgeworfen. Südlich der Schelde drangen starke englische Angriffe bei Famars vorübergehend in unsre Linien ein. Das Infanterie-Regiment Nr. 176 unter Hauptmann Preuher warf den Feind völlig zurück. Die 7. Batterie Feldartillerie-Regiments Nr. 71 und die Infanterie-Geschützbatterie Nr. 38 trugen in vorderster Linie wesentlich zum Erfolge bei. Oestlich von Artres wurden Teilangriffe des Gegners abgewiesen. Der Feind setzt die Zerstörung der Ortschaften in und östlich der Schelde-Niederung fort. Auch Valenciennes lag unter starkem feindlichen Feuer.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Angriffe der Franzosen gegen den Oise-Kanal zwischen Etreux und Lesquielles scheiterten in unserm zusammengefaßten Artilleriefeuer. Schwache Teile, die über den Kanal vorstießen, wurden im Gegenstoß zurückgeworfen.

Westlich von Guise kamen feindliche Angriffe in unserm Feuer nicht voll zur Entwicklung. Am Sonche-Abschnitt beiderseits der Straße Laon—Marle wiesen posensche und westpreußische Regimenter am frühen Morgen starke Angriffe des Gegners ab.

Heeresgruppe Gallwitz

Zwischen Aire und Maas zeitweilig aufgelebte Artillerietätigkeit.

Wir schossen in den beiden letzten Tagen 49 feindliche Flugzeuge und drei Fesselballone ab.

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres.

Ich kenne die Größe der gewaltigen Kräfte, die noch in unserem Volke vorhanden sind.

Auf dieses Wort des Reichskanzlers Prinzen Max von Baden wird die 9. Kriegsanleihe die Probe abgeben.

Zeichne jeder nach bester Kraft!

Keine Ruhestörungen?

WTB. Prag, 28. Oktober

Wie aus Wien gemeldet wird, sind dort heute über die hiesigen Vorgänge zahlreiche Gerüchte verbreitet, die davon wissen wollen, daß der „Narodni Vybor" (der tschechische Nationalrat) die Geschäfte der k. k. Behörden übernommen habe und daß sich damit in Zusammenhang stehende Vorgänge abgespielt hätten, die stürmisch verliefen. Demgegenüber wird von maßgebender Seite festgestellt, daß in Prag die Staatsverwaltung nach wie vor von den Organen der k. k. Regierung versehen wird und daß trotz der herrschenden bedeutenden Erregung der Bevölkerung in öffentlichen Massenkundgebungen es zu schweren Ruhestörungen nicht gekommen ist.

Dieses offiziöse Dementi scheint vor Ablauf der Prager Ereignisse verfaßt worden zu sein. — D. Red.

Vor der Antwort Wilsons

In den Kreisen der Mehrheitsparteien des Reichstags erwartet man, wie wir hören, eine Antwort des Präsidenten Wilson auf die neue deutsche Note für Mittwoch. Aller Voraussicht nach wird die diesmalige Antwort Wilsons Klarheit schaffen, ob wir in absehbarer Zeit mit einem Waffenstillstand zu rechnen haben werden. Nach einer Drahtung des Londoner Korrespondenten des „Manchester Guardian" ging am Sonntag die Auffassung in London dahin, daß die deutsche Antwort an Wilson das Ende des Krieges bedeute. Der Korrespondent sagt, die Türkei sei erledigt. Oesterreich-Ungarn habe aufgehört zu bestehen. Dazu komme die deutsche Antwort auf die jüngste Note des Präsidenten, die einer Annahme der Bedingungen Wilsons gleichkomme. Aus Washingtoner Meldungen geht hervor, daß man jetzt erläuternde Mitteilungen aus Ewland und Frankreich erwarte über den Standpunkt Wilsons und die Grundlagen des Rechtsfriedens. Man wünscht, daß diese Mitteilungen baldigst erfolgen, weil dadurch die Einheitlichkeit der diplomatischen Front der alliierten Regierungen wesentlich gefördert würde.

Mancherlei Friedenszeichen

werden sichtbar, die man jedoch so lange nicht optimistisch beurteilen darf, wie die Antwort der Gegner auf unsre letzte Note nicht bekannt ist. Extreme Stimmen im feindlichen Lager erschweren noch immer die Verständigung. Wir verzeichnen die folgenden Telegramme:

g. Genf, 29. Oktober. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) „Matin" und „Temps" schreiben, die allgemeine Lage enthalte für Frankreich die Möglichkeit des Waffenstillstandes. Im jetzigen Augenblick sei es nicht angebracht, die Zweckmäßigkeit dieses Schrittes öffentlich zu erörtern.

* Genf, 29. Oktober. „Echo de Paris" erklärt: Es ist jetzt Sache der Kabinette von London, Paris und Rom, sich über die gemeinsame entscheidende Haltung zu verständigen. Wir sind durchaus nicht gebunden an das, was Herr Wilson gesagt oder geschrieben hat. — In den französischen Handelskammern macht sich eine Bewegung für die Besetzung des Ruhrbeckens bemerkbar, das die Kohlenbedürfnisse Frankreichs solange decken soll, bis die Bergwerke des Pas de Calais und des Nordens wieder produktionsfähig sind.

+ Zürich, 29. Oktober. (Priv.-Tel.) Die „Baseler Nachrichten" veröffentlichen eine Pariser Meldung, wonach Oberst House als Vertreter der Vereinigten Staaten bei den alliierten Regierungen beglaubigt wurde. Amerika wird künftig in allen Räten der Entente durch einen Staatsmann mit ausgedehntesten Befugnissen vertreten sein. Oberst House konferierte bereits mit Clemenceau, Haig und Milner, und es ist seine Absicht, auch mit Generalissimus Foch in Verhandlungen zu treten. Er mietete sich in Paris ein Privathaus, woraus man auf eine ziemlich lange Dauer seines Aufenthaltes schließt.

g. Genf, 29. Oktober. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Der „Herald" meldet aus New-York: Der Präsident hat aus Mitgliedern des Senats und des Repräsentantenhauses eine Kommission gebildet, die die Ueberführung der industriellen Kriegstätigkeit in die Friedenswirtschaft vorbereiten soll. — „Morning Post" meldet aus New-York: Die Liquidation der feindlichen Vermögenswerte in der Union wurde am 28. Oktober eingestellt. Die Aussichten auf einen nahen Frieden werden andauernd als nicht ungünstig bezeichnet.

a. Basel, 29. Oktober. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) „Daily News" melden, daß der englische Kohlenarbeiterverband in Wales sich am letzten Sonntag mit 267 gegen 122 Stimmen für einen Frieden auf Grund der 14 Leitsätze Wilsons ausgesprochen habe.

z. Zürich, 29. Oktober. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Die Valuten der kriegführenden Mächte haben in der Schweiz in der letzten Woche allgemeine Steigerungen bis zu 25 Prozent erfahren. Die Züricher Banken beurteilen die Friedenslage als optimistisch und erwarten für die kommende Woche den Beginn entscheidender Verhandlungen.

Am bemerkenswertesten in der Haltung Amerikas, so melden die „Times" aus New-York, ist, daß die Pazifisten aller Schattierungen schweigen. Keine einzige Stimme hat sich gegen den Beschluß Wilsons erhoben, die Frage des Waffenstillstandes in die Hände der Militärs zu legen. Auch die Sozialisten sind damit einverstanden.

Die Frage Nordschleswigs

(Privattelegramm)

+ Kopenhagen, 28. Oktober

Der Berliner Vertreter von „Politiken" hatte mit dem Reichstagsabgeordneten Hansen eine Unterredung. Dieser sagte dabei u. a.: „Der wichtigste Satz in der Rede des Staatssekretärs Solf war, daß die deutsche Regierung das Wilsonsche Programm in allen Richtungen und Punkten vollkommen durchführen werde. Daß dieser Satz sich auch auf Nordschleswig bezieht, ist klar. Daß er dagegen das formelle juridische Recht Dänemarks auf eine Volksabstimmung bestreitet, ist nur die Betonung des Standpunktes, den die deutsche Regierung folgerichtig seit Vorlegung des Prager Friedens immer wieder im preußischen Landtage seit Bismarck eingenommen hat. Ich habe übrigens in meiner Rede nicht gesagt, daß Dänemark das formelle juridische Recht habe, eine Abstimmung zu verlangen, sondern nur als Vertreter der dänischen Nordschleswiger geltend gemacht, daß wir ein solches Recht haben. Ich bin überzeugt, wenn die Regierung jetzt erklärt, das Wilsonsche Programm voll zu erfüllen, daß dies bedeutet, daß sie beim allgemeinen Friedensschluß bereit ist, die Wilsonschen Grundsätze auch auf das nordschleswigsche Gebiet anzuwenden."

Eine deutsche Denkschrift an Wilson

* Berlin, 29. Oktober

In gut unterrichteten Kreisen verlautet nach einer Berliner Meldung der „Frkf. Ztg.", eine Ergänzung der letzten deutschen Note in Form einer Denkschrift sei unterwegs, die dem Präsidenten Wilson das Verständnis der Verfassungsänderungen in Deutschland näherbringen soll.

Zur Neuordnung in Sachsen

Der Ministerpräsident

In ihrem „Nichtamtlichen Teil" veröffentlicht die „Sächsische Staatszeitung" die folgende offiziöse Auslassung:

Von einer Seite, die mit den Verhältnissen vertraut ist, wird uns geschrieben: Bei der Neubildung der Regierung ist Se. Majestät der König von dem Langjährigen Brauche abgewichen, den dienstältesten Minister zum Vorsitzenden des Gesamtministeriums zu ernennen. Den Vorsitz wird in Zukunft nicht der dienstälteste Minister General der Infanterie von Wildorf, sondern der Justizminister Dr. Heinze führen, der gleichzeitig zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt worden ist. Die Ernennung Dr. Heinzes ergibt sich aus dem Zwecke der ganzen Umbildung. Diese ist politischer Natur, und eine der wesentlichsten Forderungen der Mehrheitsparteien bestand darin, daß der vorsitzende Minister dem Landtage für die Gesamtpolitik der Regierung verantwortlich sei. Eine derartige Verantwortung wie Graf Fabrice und Generaloberst Freiherr von Hausen sie seinerzeit nicht zu tragen hatten, kann nur ein Minister übernehmen, der dauernd mit dem politischen Leben des Landes aufs engste verbunden ist. Diese Voraussetzung fehlt bei einem Offizier; unser Offizierkorps steht mit Recht außerhalb des politischen Streites. Der sächsische Kriegsminister ist zudem für die Führung seiner Geschäfte wesentlich dem Reichstage und nicht dem Landtage verantwortlich. Er ist der Landespolitik weithin amtswegen entrückt. Einen Minister, der für seine eigene Geschäftsführung dem Reichstage verantwortlich ist, gleichzeitig für die Landespolitik im Landtag verantwortlich zu machen, könnte zu unerträglichen Konflikten führen. Hat Se. Majestät der König dem Kriegsminister den Vorsitz im Gesamtministerium nicht übertragen, so beruht dies auf sachlichen, nicht persönlichen Gründen. Nachdem General v. Wilsdorf gleich den übrigen Ministern und neuerdings wieder sein Amt in die Hände Sr. Majestät zurückgegeben hatte, hat Se. Majestät der König ihn ausdrücklich unter Anerkennung seiner Dienste Seines Allerhöchsten vollen Vertrauens versichert und sein Verbleiben im Amte im Interesse der Armee dringend gewünscht.

Diese Auffassung von der Stellung des Ministerpräsidenten und seiner Verantwortlichkeit erscheint uns zum mindesten unklar. Unklarheiten aber müssen unter den heutigen schwierigen Verhältnissen vor allen andern Fehlern zuerst vermieden werden. Die logische Folgerung aus dieser Auslassung wäre doch unzweifelhaft, daß, wenn der Kriegsminister nicht nach der Verfassungsänderung auch dem Reichstag verantwortlich wäre, das Haupthindernis für seine Bestätigung als Ministerpräsident wegfiele. Ueberhaupt werden nur negative Gründe dafür angegeben, daß das Zufalls-Dienstalter-Präsidium nicht weitergeübt wird. Wenderte sich diese Auffassung, so könnte eines Tages ebenso eine offiziöse Feder die Stellung des Ministerpräsidenten in beliebiger andrer Weise umschreiben.

Man sieht, wie notwendig hier wie im Reiche die Durchführung der Verfassungsänderung ist, die u. a., wie die Ministerverantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung, auch die Stellung und Kompetenzen des Ministerpräsidenten staatsrechtlich zweifelsfrei bestimmt. Keinesfalls darf dieses wichtigste Amt nach irgendeiner Zufallskonstellation verliehen werden. Das ist übrigens auch in den bisherigen Verfassungen der andern Bundesstaaten nicht der Fall gewesen. Nachdem man den alten Kopf, der ein sächsisches Reservat sonderbarster Art war und das Präsidium dem dienstältesten Minister anhing, wenn er auch politisch noch so wenig geeignet war, abgeschnitten hat, darf er nicht beliebig irgendwo anders an den Verfassungskörper angenäht werden. Es wäre sehr zu empfehlen, daß man sich u. a. hierüber schon in den Beratungen des Staatsrates klar würde.

*

Die Verhandlungen im Staatsrat

Der Zusammentritt des zur Vorbereitung der durch die Neuordnung bedingten Verfassungsänderungen zu bildenden Staatsrats ist am Montag abend in einer im Ständehaus abgehaltenen Sitzung gebilligt worden. Der Staatsrat wird aus vierzehn Mitgliedern bestehen, von denen sieben Mitglieder der Ersten Kammer und sieben Mitglieder der Zweiten Kammer sind. Von der Ersten Kammer werden ihm angehören die Oberbürgermeister Blüher-Dresden, Dr. Rothe-Leipzig und Dr. Keil-Zwickau, die Wirklichen Geheimen Räte Dr. Wach und Dr. Mehnert, Dombechant v. Hübel und Geh. Kommerzienrat Reinecker, von der Zweiten Kammer die Abgeordneten Mitzschke-Leutzsch und Dr. Geyfert von den Nationalliberalen, Frähdorf und Sindermann von den Sozialdemokraten, Günther von der fortschrittlichen Volkspartei und Dr. Böhme und Dr. Spieß von den Konservativen. Der Staatsrat wird am Mittwoch zusammentreten, vielleicht an diesem Tage seine gesamte Arbeit erledigen und am Freitag mit seinen Vorschlägen vor die Kammern treten. Die Verhandlungen des Staatsrats werden vorläufig als vertraulich bezeichnet.

*

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19181030/1